

**Bezirksamtsvorlage Nr. 1455**

zur Beschlussfassung -  
für die Sitzung am Dienstag, dem 30.03.2021

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 2934/V, Beschluss vom 18.02.2021 betrifft:

**Den Bezirkshaushalt 2022/2023 für Berlin Mitte auf die Zukunft ausrichten  
In die Zukunft der Bezirke investieren – Für einen soliden Bezirkshaushalt 2022/2023**

2. Berichterstatter/in:

Bezirksbürgermeister von Dassel

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt:

Die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme – „Den Bezirkshaushalt 2022/2023 für Berlin Mitte auf die Zukunft ausrichten In die Zukunft der Bezirke investieren – Für einen soliden Bezirkshaushalt 2022/2023“ als Schlussbericht.

II. Bei der Bezirksverordnetenversammlung ist die beigefügte Vorlage zur Kenntnisnahme einzubringen.

III. Mit der Durchführung des Beschlusses wird die Abteilung Ordnung, Personal und Finanzen beauftragt.

IV. Veröffentlichung: ja

V. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

a) Personalrat: nein

b) Frauenvertretung: nein

c) Schwerbehindertenvertretung: nein

d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

Nein

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

Nein

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

Nein

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

Nein

9. Mitzeichnung(en):

Keine

Bezirksbürgermeister von Dassel

Vorlage -zur Kenntnisnahme-

**über Den Bezirkshaushalt 2022/2023 für Berlin Mitte auf die Zukunft ausrichten In die Zukunft der Bezirke investieren – Für einen soliden Bezirkshaushalt 2022/2023**

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 01.12.2020 folgende Anregung an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 2934/V):

Das Bezirksamt wird ersucht, sich gegenüber dem Senat dafür einzusetzen bei der Zuweisung der Globalsumme für den Bezirkshaushalt 2022/2023 insbesondere die folgenden Punkte zu berücksichtigen, um das Bezirksamt Mitte in die Lage zu versetzen, für 2022/23 einen Bezirkshaushalt aufzustellen, der folgenden Ansprüchen gerecht wird:

- Verbesserung der Möglichkeiten der Personalgewinnung für die Bezirke durch höhere Eingruppierung und Stufenvorwegnahmen sowie Einbeziehung in berufsgruppenspezifische Tarifverträge für Berufsfelder, die für Planung und Ausführung von Strukturmaßnahmen verantwortlich sind (insbesondere Ingenieur\*innen im Bereich Bauen für Schulen etc. und die Verkehrswende aber auch Spezialist\*innen).  
Im Bereich des öffentlichen Gesundheitsdienstes gilt dies auch für Ärzt\*innen und nicht-akademisches Personal, um das Mustergesundheitsamt umsetzen zu können.
- Die Klimaschutzoffensive und der Grünflächenschutz müssen entschieden vorangebracht werden.
- Die Bezirke müssen mit höheren Investitionsmitteln in der Globalsumme ausgestattet werden. Bei der Aufsetzung von Sondermitteln ist darauf zu achten, dass diese so angelegt werden, dass die Bezirke auch in der Lage sind diese umzusetzen. Hierbei bedarf es insbesondere einer auskömmlichen Personalausstattung.
- Der Klimaschutz muss in den Katalog Organisationseinheiten nach §34 BezVG einbezogen werden.
- Stärkung der Wohnraumversorgung durch eine angemessene Personalausstattung für den Bereich Zweckentfremdung und die Umsetzung der gesetzlichen Regelungen
- beim Mieter\*innenschutz.
- Pandemiebedingte negative Auswirkungen auf die Produkterbringung müssen auch im nächsten Haushalt ausgeglichen werden. Gerade im Jugend- und Sozialbereich müssen bestehende Strukturen geschützt und wenn nötig ausgebaut werden. Dabei müssen alle

Altersgruppen sowie die Pluralität unserer Gesellschaft und besondere Bedarfe berücksichtigt werden. Mittel, die vom Land für die Realisierung des Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes zugewiesen werden, müssen auch bei den Kindern und Jugendlichen ankommen.

- Der Kitaausbau im Bezirk braucht eine verlässliche Finanzierung durch das Landesprogramm, damit der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für alle Kinder und Familien erfüllt werden kann.
- Die Fortsetzung der Schulbauoffensive und Investitionsmittel, die für Sanierung und Ausbau der Schulen und Schulplätze gemäß dem Schulentwicklungsplan des Bezirks erforderlich sind, müssen wie geplant und ohne Verzögerungen gewährleistet werden.
- Folgekosten der Pandemie, wie z.B. eine erhöhte Nachfrage nach Leistungen der Schuldnerberatung oder sozialpsychiatrischer Dienste müssen in der Globalsumme berücksichtigt sein.
- Sicherstellung der tarifgerechten Bezahlung der freien Träger und eine Ausbildungsoffensive im öffentlichen Dienst für junge Menschen, die dem Querschnitt der Bevölkerung unseres Bezirks gerecht wird.

Das Bezirksamt hat am . .2021 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als **Schlussbericht** zur Kenntnis zu bringen:

Das Bezirksamt hat sich mit den oben genannten Eckpunkten am 22.03.2021 an Finanzsenator Dr. Kollatz, Staatssekretärin Junker und Staatssekretär Verrycken gewandt (siehe Anlage).

Das Bezirksamt wird die wichtigen Eckpunkte des BVV-Beschlusses im Rahmen seiner – aktuell noch nicht feststehenden – finanziellen Möglichkeiten in der weiteren Haushaltsplanaufstellung berücksichtigen. Darüber hinaus werden diese auch Gegenstand von Gesprächen mit Mitgliedern des Abgeordnetenhauses als Haushaltsgesetzgeber sein. Hier bittet das Bezirksamt die Bezirksverordneten auch ihre Kontakte zu den Abgeordneten zugunsten einer auskömmlichen Finanzierung der Bezirke zu nutzen, um die für die von der BVV genannten Ansprüche an den Haushalt erfüllen zu können.

Rechtsgrundlage:

§ 13 i.V. mit § 36 BezVG

#### A) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

- a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben: keine
- b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen: keine

Berlin, den . .2021

Bezirksbürgermeister von Dassel

Bezirksamt Mitte von Berlin, 13341 Berlin (Postanschrift)

Senatsverwaltung für Finanzen  
Der Senator  
Klosterstraße 59  
10179 Berlin

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)

**BzBm**

Dienstgebäude: Rathaus Tiergarten  
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin

Zimmer **247**

Telefon (030) 9018-32200

Telefax (030) 9018-32101

Vermittlung (030) 9018-20

Intern 918-32200

E-Mail [bezirksbuengermeister@ba-mitte.berlin.de](mailto:bezirksbuengermeister@ba-mitte.berlin.de)

E-Mail nicht für Dokumente mit elektronischer Signatur verwenden

Internet [www.berlin-mitte.de](http://www.berlin-mitte.de)

Datum 22.03.2021

### In die Zukunft der Bezirke investieren – für einen soliden Bezirkshaushalt 2022/2023

Sehr geehrter Herr Dr. Kollatz, sehr geehrte Frau Junker, sehr geehrter Herr Verrycken,

die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Mitte hat in ihrer Sitzung am 18.02.2021 folgenden Beschluss gefasst: „Den Bezirkshaushalt 2022/2023 für Berlin Mitte auf die Zukunft ausrichten. In die Zukunft der Bezirke investieren – Für einen soliden Bezirkshaushalt 2022/2023“ (DS 2934/V).

Darin hat die BVV Mitte wichtige Eckpunkte genannt, mit denen ich mich an Sie wenden möchte.

Bei der Zuweisung der Globalsumme für den Bezirkshaushalt 2022/2023 möchte ich Sie bitten, insbesondere die folgenden Punkte zu berücksichtigen, um das Bezirksamt Mitte – wie auch die anderen Bezirke – in die Lage zu versetzen, für 2022/23 einen Bezirkshaushalt aufzustellen, der folgenden Ansprüchen gerecht wird:

- Verbesserung der Möglichkeiten der Personalgewinnung für die Bezirke durch höhere Ein-Gruppierung und Stufenvorwegnahmen sowie Einbeziehung in berufsgruppenspezifische Tarifverträge für Berufsfelder, die für Planung und Ausführung von Strukturmaßnahmen verantwortlich sind (insbesondere Ingenieur\*innen im Bereich Bauen für Schulen etc. und die Verkehrswende aber auch Spezialist\*innen). Im Bereich des öffentlichen Gesundheitsdienstes gilt dies auch für Ärzt\*innen und nichtakademisches Personal, um das Mustergesundheitsamt umsetzen zu können.
- Die Klimaschutzoffensive und der Grünflächenschutz müssen entschieden vorangebracht werden. Die Bezirke müssen mit höheren Investitionsmitteln in der Globalsumme ausgestattet werden. Bei der Aufsetzung von Sondermitteln ist darauf zu achten, dass diese so angelegt werden, dass die Bezirke auch in der Lage sind diese umzusetzen. Hierbei bedarf es insbesondere einer auskömmlichen Personalausstattung. Der Klimaschutz muss in den Katalog Organisationseinheiten nach §34 BezVG einbezogen werden.

**Dienstgebäude**  
Rathaus Tiergarten  
Mathilde-Jacob-Platz 1  
10551 Berlin  
(Barrierefreier Zugang)

**Verkehrsverbindungen**  
Bahn U9, Bhf. Turmstraße  
Bus 101, M27, 245, 123 (Rathaus Tiergarten)  
TXL, 187 (U- Turmstraße)  
**Internet:** [www.berlin-mitte.de](http://www.berlin-mitte.de)

**Elektronische Zugangsöffnung gem. § 3a Abs. 1 VwVfG:**  
[post@ba-mitte.berlin.de](mailto:post@ba-mitte.berlin.de) / [post@ba-mitte-berlin.de-mail.de](mailto:post@ba-mitte-berlin.de-mail.de)  
**Besuchen Sie uns auf:**  
Twitter/Instagram: [@ba\\_mitte\\_berlin](https://twitter.com/ba_mitte_berlin)  
Facebook: [@BAMitteBerlin](https://www.facebook.com/BAMitteBerlin) YouTube:

- Stärkung der Wohnraumversorgung durch eine angemessene Personalausstattung für den Bereich Zweckentfremdung und die Umsetzung der gesetzlichen Regelungen beim Mieter\*innenschutz.
- Pandemiebedingte negative Auswirkungen auf die Produkterbringung müssen auch im nächsten Haushalt ausgeglichen werden. Gerade im Jugend- und Sozialbereich müssen bestehende Strukturen geschützt und wenn nötig ausgebaut werden. Dabei müssen alle Altersgruppen sowie die Pluralität unserer Gesellschaft und besondere Bedarfe berücksichtigt werden. Mittel, die vom Land für die Realisierung des Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes zugewiesen werden, müssen auch bei den Kindern und Jugendlichen ankommen.
- Der Kitaausbau im Bezirk braucht eine verlässliche Finanzierung durch das Landesprogramm, damit der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für alle Kinder und Familien erfüllt werden kann.
- Die Fortsetzung der Schulbauoffensive und Investitionsmittel, die für Sanierung und Ausbau der Schulen und Schulplätze gemäß dem Schulentwicklungsplan des Bezirks erforderlich sind, müssen wie geplant und ohne Verzögerungen gewährleistet werden.
- Folgekosten der Pandemie, wie z.B. eine erhöhte Nachfrage nach Leistungen der Schuldnerberatung oder sozialpsychiatrischer Dienste müssen in der Globalsumme berücksichtigt sein.
- Sicherstellung der tarifgerechten Bezahlung der freien Träger und eine Ausbildungsoffensive im öffentlichen Dienst für junge Menschen, die dem Querschnitt der Bevölkerung unseres Bezirks gerecht wird.

Sicherlich sind Sie sich dieser Punkte bewusst; nichtdestotrotz möchten wir Ihnen dieses wichtige und berechtigte Anliegen der BVV zur Kenntnis geben, das sich mit der Position und vielen Prioritäten des Bezirksamtes deckt.

Das Bezirksamt hofft, dass es uns gemeinsam trotz der schwierigen Lage der öffentlichen Haushalte gelingen wird, diese wichtigen Eckpunkte so bei der Zuweisung der Globalsumme für den kommenden Doppelhaushalt zu berücksichtigen, dass sie in einem Maße umgesetzt werden können, der die Entwicklung unserer Stadt und ihrer öffentlichen Verwaltung unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen

  
Stephan von Dassel